

8.11.2023 - KNA

Befürworter und Gegner von Kirchendialog melden sich zu Wort

Bonn (KNA) Vor der nächsten Etappe im Dialog zur Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland bringen sich Befürworter und Gegner der Initiative in Stellung. Die Gruppe "Wir sind Kirche" erneuerte am Mittwoch ihren Appell für mehr Beteiligung der katholischen Basis an Entscheidungen innerhalb der Kirche: "Echte Teilhabe bedeutet: nicht nur beraten, sondern auch mitentscheiden!" Bereits jetzt gebe es die Möglichkeit, Laien die Leitung von Gemeinden zu übertragen oder Frauen in Gottesdiensten mit Eucharistiefiern predigen zu lassen.

Am Freitag und Samstag tritt in Essen erstmals der Synodale Ausschuss zusammen. Das Gremium soll die Einrichtung eines Synodalen Rates vorbereiten, in dem Bischöfe und Laien ihre Gespräche über die Schlüsselthemen Macht, Frauen, Sexualmoral und priesterliche Lebensform fortsetzen wollen.

Die vier Bischöfe Gregor Maria Hanke (Eichstätt), Stefan Oster (Passau), Rudolf Voderholzer (Regensburg) und Kardinal Rainer Maria Woelki (Köln) hatten im Vorfeld erklärt, die Arbeit des Synodalen Ausschusses nicht mitfinanzieren zu wollen. Sie begründeten das mit Verweis auf Vorbehalte aus dem Vatikan. Dieser hatte mehrfach darauf hingewiesen, die katholische Kirche in Deutschland sei nicht befugt, ein solches gemeinsames Leitungsorgan von Laien und Klerikern einzurichten.

Mit der von Papst Franziskus einberufenen Weltsynode und den dort geführten Diskussionen entfalle die von den vier Bischöfen vorgetragene Argumentation, konterte "Wir sind Kirche". Hanke, Oster, Voderholzer und Woelki sollten deswegen ihre Entscheidung korrigieren.

Eine gegensätzliche Position vertritt die Initiative "Neuer Anfang". "Wir sind dankbar für jeden Bischof, der sich seiner Berufung bewusst ist, sich den Pressionen von innen und außen entzieht und sich an dem Gründungskonvent in Essen nicht beteiligt", erklärte der Zusammenschluss von Theologen und Laien, der laut eigenen Angaben für Reformvorhaben in der Kirche eintritt, die sich innerhalb der weltkirchlichen Identität bewegen.

Die geplante Einrichtung des Synodalen Ausschusses stelle einen "skandalösen, in jeder Hinsicht illegitimen Akt dar", betont die Initiative unter Verweis auf die Eingaben aus dem Vatikan. Der ganze Vorgang könne sich zu einem vergleichbaren Konflikt ausweiten, wie ihn die Reformation herbeigeführt hat.

Mit ihrer Finanzierungszusage für den Synodalen Ausschuss setzen sich nach Ansicht der Initiative die übrigen 23 Ortsbischöfe außerdem dem Vorwurf der Veruntreuung von Kirchensteuergeld aus: "Das vertieft die latente Spaltung, führt zu einer weiteren Erosion des Vertrauens in die Kirche und ihre angemessene Leitung durch die Bischöfe und provoziert neue Kirchenaustritte."

Zuletzt geändert am 09.11.2023